

Unterstützung der Wissenschaft, des Sports, des Gesundheitswesens, des Wohnungsbaus und die Verbesserung der Verkehrsbedingungen — das besondere Anliegen der SPD sei. Dieses zweite Gleis sagt den Sozialdemokraten zu; es läßt sie vielfach das erste übersehen. Aber tatsächlich schließt das eine das andere aus. Man kann sich nicht auf der einen Seite innenpolitisch auf das schwedische Beispiel orientieren, wie es auf dem Parteitag gesagt wurde, und andererseits die Anwendung der schwedischen Politik der Neutralität und des Verzichts auf Atomrüstung auf Westdeutschland ablehnen. Man kann keine ernsthaften Verbesserungen und eine soziale Sicherheit erreichen, wenn man gleichzeitig der Atomrüstung und den Notstandsgesetzen zustimmt und das staatsmonopolistische System bejaht.

Zu all dem kommt noch, daß Wehner und Erler auf dem Parteitag zu undemokratischen Methoden griffen. So wurden zum Beispiel die Anträge aus den unteren Einheiten der SPD ganz einfach nicht beachtet. Die Zeit für Diskussionen wurde äußerst beschränkt. Wehner und Erler übten auf viele Delegierte persönlich und direkt Druck aus, damit sie nicht offen die Anträge aus ihren Einheiten auf dem Parteitag vertraten. Bezeichnend für die undemokratische Atmosphäre auf dem Karlsruher Parteitag war die wütende Reaktion der Führungskräfte um Wehner und Erler auf alle Versuche einzelner Delegierter, die wahren Meinungen und Wünsche vieler Mitglieder und Anhänger der SPD in den Arbeitskreisen und im Plenum des Parteitages zur Sprache zu bringen. So wurde zum Beispiel der alte angesehene sozialdemokratische Funktionär Max Brauer aus Hamburg, der auf dem Parteitag mit anderen Oppositionsrednern mutig gegen die MLF auftrat, von Erler wie ein Schuljunge behandelt und mit Hilfe undemokratischer Tricks um seinen Sitz im Parteivorstand gebracht.

Wir setzen unsere Politik des Verständigungsfriedens fort!

Angesichts der Entscheidungen des SPD-Parteitages stellen Genossen verschiedentlich die Frage, ob unsere Partei auch jetzt noch ihren Vorschlag, zwischen SED und SPD einen Verständigungsfrieden zu vereinbaren, auf-

rechterhalten könne. Diese Frage ist durchaus verständlich; sie zeugt von Verantwortungsbeußtsein und von tiefer Sorge um die Entwicklung in der westdeutschen Sozialdemokratie. Darum hat sie auf dem 7. Plenum des Zentralkomitees der SED eine klare und überzeugende Beantwortung gefunden. „Nichts, auch nicht die verhängnisvollen Beschlüsse des Karlsruher Parteitages über die multilaterale Atomrüstung, wird uns“, so erklärte Walter Ulbricht, „hindern, den Kampf um die Sicherung des Friedens und die nationale Wiedervereinigung weiterzuführen.“

Den Frieden sichern und die nationale Frage lösen — das können wir jedoch nicht allein. Das erfordert zusammen mit unserem Ringen um den umfassenden Aufbau des Sozialismus in der DDR den Kampf der westdeutschen Arbeiter um die Bändigung, Zurückdrängung und schließliche Überwindung von Imperialismus und Militarismus in Westdeutschland. Nur wenn die westdeutschen Arbeiter, Gewerkschafter und Sozialdemokraten in der Bundesrepublik selbst Ordnung schaffen und mit der Allmacht der nach Atomwaffen, Notstandsgesetzen und sozialer Reaktion gierenden Rüstungsmonopole Schluß machen und sich mit ihren Klassenbrüdern in der DDR verständigen, kann der Frieden dauerhaft gesichert und erfolgreich der Weg der nationalen Wiedervereinigung beschritten werden. Aus eben diesem Grunde betrachtet unsere Partei die Verständigung zwischen den Arbeiterorganisationen beider deutscher Staaten als den Schlüssel zur Lösung der nationalen Frage.

Daran hat auch der Karlsruher Parteitag der SPD mit seinen von Wehner und Erler inspierten Beschlüssen nichts geändert. So ernst diese Beschlüsse zu nehmen sind, so folgenreich sie für die westdeutsche Arbeiterklasse sein können — sie beseitigen weder den Widerspruch zwischen der Bonner Revanchepolitik und dem Friedenswillen der westdeutschen Bevölkerung noch die großen Gemeinsamkeiten, die uns mit den Arbeitern und den anderen Friedenskräften in Westdeutschland verbinden. Unsere Devise nach dem Karlsruher Parteitag lautet darum: „Nun erst recht werden wir alles tun, damit die Verständigung zwischen der Arbeiterschaft beider deutscher Staaten herbeigeführt wird.“ (Walter Ulbricht)

Karl Blöcher